

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Sie lassen sie zu.

(Ansgar-Bernhard Focke [CDU]: Nein, ich will danach noch einmal reden!)

- Wenn das so ist, Herr Watermann, dann setzen Sie fort.

Ulrich Watermann (SPD):

Er hat keine Frage, und das ist genau der Punkt.

Die Situation ist so, dass wir mit der Landesregierung auf einem guten Weg sind, indem wir ganz deutlich zeigen, dass wir da, wo Unterstützung nötig ist, helfen wollen. Wir wünschen uns allerdings schon - das ist das Entscheidende -, dass der Bund im Rahmen seiner Verantwortung bei der Zurverfügungstellung seiner Liegenschaften durchaus etwas kooperativer wäre. Wir haben auch den Wunsch, dass wir insgesamt in der Bundesrepublik noch einmal darüber nachdenken, wie wir die bestehenden Lasten zwischen den Gebietskörperschaften gut verteilen können.

Entscheidend ist jedoch: Wir haben in der Vergangenheit dafür gesorgt, dass es mehr Stellen in den Erstaufnahmelagern gegeben hat. Wir haben durch ein Programm dafür gesorgt, dass auch die Ausländerbehörden gestärkt werden. Wir haben mit dem Rückführungserlass im Übrigen beschrieben, wie ein solcher Vorgang stattfindet. Gelegentlich - lassen Sie mich noch einmal daran erinnern - ging es in der Vergangenheit um das nicht angekündigte, spontane Öffnen von Türen durch Polizeibeamte. Das machen wir nicht mehr, und ich denke, das ist auch gut so.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Watermann. - Zu Wort gemeldet hat sich noch einmal der Kollege Focke. Wenn ich das, was auf dem Bildschirm steht, addiere, dann haben Sie noch 2:20 Minuten. Bitte, Herr Kollege!

Ansgar-Bernhard Focke (CDU):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Ich will nur auf das eingehen, was Herr Watermann gerade gesagt hat.

Also: Das weise ich ausdrücklich zurück. Ich weiß nicht, mit wem der Herr Kollege Brammer gesprochen hat. Aber vor 14 Tagen habe ich als Fraktionsvorsitzender im Kreistag eine Unterrichtung in

meiner Kreistagsfraktion gehabt, in der der Sozialamtsleiter des Landkreises Oldenburg zugegen war. Er hat uns in einer anderthalbstündigen Unterrichtung, in der wir auch viele Fragen gestellt haben, weil uns das Thema vor Ort am Herzen liegt, ganz deutlich gesagt, dass sie meistens montags die Mitteilung bekommen, dass mittwochs Personen in Wildeshausen am Bahnhof sind. Dieser Zustand macht es für den Landkreis schwierig, zu reagieren. Deswegen hat der Landkreis Oldenburg ein Gasthaus auf dem Land angemietet, in dem verschiedene Zimmer vorgehalten werden, damit man reagieren kann, je nachdem, ob Männer, Paare oder Kinder kommen; denn man hat das zum Teil nicht mehr mitbekommen. Das hat uns der Sozialamtsleiter gesagt.

Wenn das nicht stimmt, Herr Brammer, dann müssen Sie das hier richtigstellen. Aber ich lasse mich hier nicht als Lügner oder Ähnliches hinstellen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Herr Kollege Brammer hat sich zu einer Kurzintervention auf diesen Beitrag gemeldet. Sie haben für 90 Sekunden das Wort, Herr Kollege.

Axel Brammer (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nachdem vorhin der Landkreis Oldenburg genannt wurde, habe ich selbstverständlich bei der Kreisverwaltung angerufen. Es gibt an einer Stelle Probleme,

(Ansgar-Bernhard Focke [CDU]: Aha!)

und zwar dann, wenn Flüchtlinge, die zugewiesen worden sind, abgetaucht sind. Wenn sie dann gefunden werden, werden sie innerhalb ganz kurzer Zeit an die Stelle überwiesen, die ursprünglich für die Aufnahme vorgesehen war.

(Ansgar-Bernhard Focke [CDU]: Das stimmt nicht!)

Ansonsten wurde mir nur bestätigt, dass trotz des Gedränges auf allen Seiten ein großes Maß an Zusammenarbeit da ist.

Herr Focke, Sie haben nicht das erste Mal den Landkreis Oldenburg erwähnt. Das alles muss auch ein bisschen fundiert sein.

(Beifall bei der SPD - Ansgar-Bernhard Focke [CDU]: Das werde ich Ihnen schriftlich geben!)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Ich sehe keinen Wunsch auf Erwidrung. - Dann geht es weiter mit der Wortmeldung des Kollegen Oetjen. Auch bei Ihnen muss ich das jetzt berechnen. Es kommen knapp 40 Sekunden heraus. Ich runde das auf eine Minute auf, Herr Kollege.

Jan-Christoph Oetjen (FDP):

Die wird ausreichen, Herr Präsident.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Mir ist die gleiche Verfahrensweise aus dem Landkreis Rotenburg bestätigt worden. Da wird montags angerufen, und die Menschen sind mittwochs da. In der Zeit muss die Unterbringung kurzfristig organisiert werden. Das sagen zumindest die Hauptverwaltungsbeamten, mit denen ich gesprochen habe. Sowohl der Herr Ministerpräsident als auch der Herr Innenminister waren ja beide mal Hauptverwaltungsbeamte. Insofern sollten sie die Probleme, die vor Ort sind, eigentlich nicht kalt lassen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der Wortmeldungen im Rahmen dieser ersten Beratung. Die Beratung ist ja nicht abgeschlossen, weil sie im Ausschuss fortgesetzt wird und dann noch einmal ins Plenum kommt. Deswegen kommen wir jetzt in aller Ruhe zur Ausschussüberweisung.

Der Ältestenrat empfiehlt Ihnen zu Tagesordnungspunkt 28, den Ausschuss für Inneres und Sport mit dem entsprechenden Entschließungsantrag der CDU zu befassen. Wer so entscheiden will, den bitte ich um das Handzeichen. - Vielen Dank. Das ist ausreichend unterstützt und so beschlossen.

Wir kommen zur Ausschussüberweisung zu Tagesordnungspunkt 29. Der Entschließungsantrag der FDP soll federführend ebenfalls im Ausschuss für Inneres und Sport und wegen der Haushaltsauswirkungen mitberatend im Ausschuss für Haushalt und Finanzen behandelt werden. Wer das so unterstützt, den bitte ich um ein Handzeichen. - Auch das ist ausreichend unterstützt und so beschlossen.

Ich rufe dann auf den

Tagesordnungspunkt 30:

Erste Beratung:

Eigentum schützen - Anwohnerinteressen berücksichtigen - Sorgen der Bürger beim Ausbau der Windenergie an Land ernst nehmen -
Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 17/1973

Zur Einbringung erteile ich das Wort dem Abgeordneten Dr. Gero Hocker.

Dr. Gero Hocker (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Verehrter Herr Präsident, mit Ihrer freundlichen Genehmigung würde ich die Einbringung dieses Antrags gern mit einem Zitat beginnen:

„Demokratie lebt von kontinuierlicher Beteiligung und Transparenz. Wir setzen auf Gemeinwohlorientierung statt auf Klientelpolitik. Wir glauben an die Gestaltungskraft der Zivilgesellschaft. Wir verstehen modernes Regieren als einen lebendigen Austausch zwischen Bevölkerung, Landesparlament und Landesregierung.“

Ich freue mich, dass der Ministerpräsident heute dieser Diskussion beiwohnt und dass auch der Umweltminister da ist. Ich gehe davon aus, dass dieses Zitat Ihnen beiden bekannt ist. Das steht nämlich auf der dritten Seite des Koalitionsvertrages von Rot und Grün.

Meine Damen und Herren, Ihren eigenen Ansprüchen an Transparenz und Beteiligung, an Gemeinwohlorientierung statt Klientelpolitik und an lebendigem Austausch zwischen Bevölkerung und Landesregierung hätten Sie nicht weniger gerecht werden können als mit der Art und Weise, wie bislang über den Windkrafteinsatz diskutiert worden ist.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben uns im Ausschuss darüber unterrichten lassen, wie die Diskussionen bislang erfolgt sind. Man hat sich ein halbes Dutzend Mal getroffen, um zu besprechen, wie dieser Erlass aussehen könnte. Sie haben sich getroffen mit den kommunalen Spitzenverbänden, mit den Naturschutzverbänden und - wen wundert es? - mit den Lobbyisten der Windkraftenergie. Ich werfe Ihnen ausdrücklich nicht vor, dass Sie sich auch mit Interessenvertretern der Industrie treffen. Was ich Ihnen aber ausdrücklich vorwerfe, ist, dass Sie die Menschen, die unmittelbar von den negativen Auswirkungen Ihres